

## Finanzkritik als Legitimitätsdimension nationaler Wirtschaftsstandorte

*Proposal für einen Beitrag bei der Frühjahrstagung „Ökonomischer Nationalismus?“ der Sektion Wirtschaftssoziologie am 1./2. Juni 2018 in Graz*

Eine zentrale soziologische Dimension der in den letzten Jahren intensiv geführten Debatte um die Zukunft der europäischen Integration war - etwa in der Auseinandersetzung zwischen Wolfgang Streeck und Jürgen Habermas - die Frage, ob die demokratische Begrenzung und Regelung des Marktgeschehens eher an nationale kulturelle und institutionelle Räume gebunden ist, oder ob der Bezugspunkt demokratischer Willensbildung eher die (nationale Grenzen überschreitende) sozioökonomische Ungleichheit ist, deren Zähmung dann auch Grundlage einer europäischen Solidarität werden könnte. In unserem Beitrag für die Tagung wollen wir (1) diese Frage theoretisch im Hinblick auf die Frage der Legitimität wirtschaftlicher Ordnungen und den Beitrag zivilgesellschaftlicher Kritik zu dieser Legitimität diskutieren, sowie (2) Ergebnisse unserer empirischen Arbeit präsentieren, in der wir die organisatorische Struktur und die dominanten Deutungsmuster des zivilgesellschaftlichen Protests gegen als illegitim verstandene Praktiken von Finanzmarktakteuren in Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Spanien seit der Krise von 2008 untersucht haben.

Auf der konzeptionellen Ebene führt die Frage nach der Rolle der Nation für demokratische Marktbegrenzung zu der grundlegenden soziologischen Frage des Verhältnisses der wirtschaftlichen Ordnung, d.h. des Regelgehalts ökonomischer Institutionen, zu ihrer im politischen Raum definierten Legitimität. Es stellt sich die Frage, inwieweit die institutionellen Begrenzungen bestimmter Finanzpraktiken im Handeln von Banken und Investoren legitimatorisch an diskursive Konstruktionen „nationaler Marktwirtschaften“, d.h. an normativ gefärbte Selbstbeschreibungen nationaler Volkswirtschaften, wie etwa an die „Soziale Marktwirtschaft“ in Deutschland, rückgebunden sind. Alternativ ließe sich anhand der hier in den vergleichenden Blick genommenen öffentlichen Proteste gegen „falsches“ Finanzhandeln durch zivilgesellschaftliche Organisationen evtl. auch zeigen, dass national unterschiedliche Moralökonomien seit der Krise von 2008 zugunsten universaler Muster der Finanzkritik (von „Spekulanten“ bis „Ausbeutung der Realwirtschaft“ an Bedeutung eingebüßt haben. Gibt es einen europäischen Raum des „Finanzprotests“, in dem die unterschiedlichen Schwerpunkte vor allem durch die wirtschaftsstrukturellen Gegebenheiten und die Binnenstruktur der nationalen Finanzsysteme geprägt sind, hinter denen aber universale Kritikmuster stehen, oder sind auch diese Kritikmuster selbst national divers und verweisen eher auf kulturell Unterschiede des Verständnisses legitimen Wirtschaftens? In theoretischer Hinsicht werden wir dafür die Webersche Typisierung der Legitimität politischer Herrschaft mit der Konventionsökonomie von Boltanski und Thévenot ins Gespräch bringen und dabei die Frage diskutieren, inwieweit die *öffentliche Kritik* an Marktordnungen und bestimmten Formen (finanz-)wirtschaftlichen Handelns ein Bezugspunkt legitimer Herrschaft in den heutigen Marktgesellschaften Europas sein könnte.

Im empirischen Teil berichten wir aus einer Reihe von leitfadengestützten Interviews, die wir in Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Spanien im Rahmen eines BMBF-finanzierten Forschungsprojektes mit Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen des Finanzprotestes, von ATTAC über Occupy bis hin zu Gewerkschaften und NGOs in der Entwicklungspolitik durchgeführt haben. Dazu kommen qualitative Inhaltsanalysen der öffentlichen Statements dieser Organisationen. Im Zentrum dieser Untersuchungen stehen zwei Fragen, erstens, welche Arten von Finanzkritik in den verschiedenen nationalen politischen Arenen Europas jeweils stärkere Resonanz erzeugen und unter welchen Bedingungen Protestmuster ihren Weg in politische Entscheidungen der Finanzmarktregulierung finden können. Zweitens stellt sich die Frage, welche organisatorisch-institutionellen Strukturen und diskursiven Kraftlinien die Herausbildung eines europaweiten Protestfeldes der Finanzmarktregulierung seit 2008 behindert oder befördert haben.

Es geht letztlich in unserem Beitrag darum, die Frage genauer und empirisch fundiert zu beantworten, ob sich auf Seiten der öffentlichen Kritik an den Dynamiken des modernen Finanzmarktkapitalismus und ihrer Durchsetzungschancen in der politischen Sphäre eher die Re-Nationalisierungs- oder die Universalisierungsthese des Verhältnisses von Demokratie und Marktbegrenzung in Europa bestätigen lassen. Dabei beobachten wir, dass die nationalen Deutungsmuster der Ökonomie nicht nur auf die wirtschaftliche Kraft im internationalen Wettbewerb oder bestimmte Schlüsselindustrien Bezug nehmen (Etwa im Sinne des nationalen „Wirtschaftsstandortes“), sondern dass zu den nationalen Legitimierungsmustern auch wiederkehrende Motive der normativen *Kritik* des Profitstrebens und kognitive Weltbilder des Funktionierens der nationalen Ökonomie gehören, die als positive Kontrastfolien der Dynamiken des Finanzmarktkapitalismus herangezogen werden. Solche nationalen Gravitationszentren des Wirtschaftsprotestes sind, erstens, mit der institutionellen Struktur nationaler Wirtschafts- und Finanzregime verknüpft und schränken so ein, welche Kritikpunkte im politischen System symbolische Macht entfalten können. Zweitens bilden sie typische Quellen von Koordinationsproblemen und Konflikten für die Herausbildung einer transnationalen Finanzöffentlichkeit, die als Gegenpol der internationalen Organisationen dienen könnte, die die weitere Deregulierung der globalen Finanzmärkte vorantreiben.

Sascha Münnich, Georg-August-Universität Göttingen

Heide Haas, Georg-August-Universität Göttingen

Katharina Legantke, Georg-August-Universität Göttingen

E-Mail: [sascha.muennich@sowi.uni-goettingen.de](mailto:sascha.muennich@sowi.uni-goettingen.de)